

Gleneagles – Der entwicklungspolitische Ertrag des G8-Gipfels 2005

Von **Reinhard Hermle**, VENRO-Vorsitzender

Die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der acht führenden Wirtschaftsmächte der Erde (G8) haben in der Regel weitreichende Folgen für die globale Politik und Ökonomie oder zumindest das Potenzial dazu, auch wenn Aufwand und politischer Ertrag der Veranstaltungen gelegentlich in einem grotesken Missverhältnis zueinander stehen.

Um dem Ruch zu begegnen, ein selbsternannter und daher wenig legitimierter exklusiver Club der Reichen und Mächtigen zu sein, der die Welt nach eigenem Gusto regelt, griffen die Gipfel in den letzten Jahren verstärkt auch Entwicklungsfragen auf und zogen zu den Beratungen ausgewählte Regierungsvertreter aus Ländern des Südens hinzu.

Auch beim G8-Treffen im schottischen Gleneagles, das vom 6. bis 8. Juli 2005 stattfand, standen mit Afrika und Klimawandel zentrale entwicklungs- und umweltpolitische Themen auf dem Programm, die mit Priorität behandelt werden sollten. Die G8-Führer setzten damit ihre bereits im Jahr 2000 in Okinawa begonnene Beschäftigung mit Fragen von Armut und Entwicklung in Afrika fort, die seitdem mit wechselnder Intensität Gegenstand aller folgenden G8-Treffen waren.

Wie in den Vorjahren wurde eine Gruppe ausgewählter afrikanischer Staats- und Regierungschefs zur Erörterung der Afrika- und Entwicklungsagenda nach Schottland eingeladen. Dies waren die Vertreter von Äthiopien, Algerien, Ghana, Nigeria, Senegal, Südafrika und Tansania sowie der Chef der Afrikanischen Union (AU).

Die letzten G8-Gipfel hatten sich in Bezug auf Afrika vor allem mit dem NEPAD (New Partnership for African Development)-Prozess beschäftigt. Dabei standen insbesondere politische Reformbemühungen der Afrikaner und Fragen von Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent sowie die erforderliche Unterstützung durch die führenden Industrieländer im Vordergrund. Diesen Initiativen kommt große Bedeutung zu, vor allem weil sie von afrikanischen Politikern selbst initiiert wurden und voran gebracht werden. Afrika hat in den letzten Jahren bemerkenswerte Fortschritte hinsichtlich Demokratisierung, Krisenbewältigung und Wirtschaftswachstum (wenn auch auf niedrigem Niveau) gemacht. Sie werden aber immer noch überlagert von der Wahrnehmung Afrikas als Katastrophenkontinent und bleiben weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Hinzu kommt, dass nach wie vor zu viele gewaltsame Konflikte und insbesondere HIV/AIDS mühsam errungene Fortschritte wieder zunichte machen und positive Entwicklungstrends erneut ins Negative drehen. Entsprechend ist – wie auch die G8 anerkennen – Afrika der einzige Kontinent, dem es wahrscheinlich nicht gelingt, auch nur eines der acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) zu erreichen,

die im Jahr 2000 von den damals 189 UN-Mitgliedsstaaten beschlossen worden waren und im Kern darauf abzielen, die extreme Armut weltweit bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Dem sollte Gleneagles etwas Dramatisches entgegensetzen. Es war der besondere Ehrgeiz der britischen G8-Präsidentschaft, „ihren“ Gipfel zu einem Meilenstein der internationalen Armutsbekämpfung zu machen. Zur Vorbereitung hatte Tony Blair die Commission for Africa eingesetzt, sehr zum Missfallen der meisten anderen G8-Staaten, da dieser Schritt nicht mit ihnen abgestimmt worden war und als Konkurrenzveranstaltung zum G8-NEPAD-Prozess gesehen wurde.

Befördert wurden die britischen Ambitionen sicherlich auch durch die breite internationale Bewegung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Künstlern, die mit einer Vielzahl von Aktionen und nicht zuletzt durch die Live8-Konzerte eine eindrucksvolle Mobilisierung der Öffentlichkeit erreichte und als Auftrag an den Gipfel nichts Geringeres formulierte als: „Make Poverty History“.

Wurde Gleneagles diesem epochalen Anspruch gerecht?

Überschattet wurde der Gipfel von den mörderischen Anschlägen in London am 7. Juli, ohne dass es den Terroristen gelungen wäre, ihn sichtbar zu beeinflussen. Die Agenda blieb weitgehend unverändert. Das Schlusscommuniqué räumte Afrika einen breiten Raum ein und bekräftigte im wesentlichen die bisherigen Initiativen der G8, die fortgesetzt und teilweise verstärkt werden sollen. Als Hauptthemen wurden Frieden und Stabilität, gute Regierungsführung, Bildung, Gesundheit sowie die Förderung von wirtschaftlichem Wachstum angesprochen, ebenso die Eigenverantwortlichkeit der afrikanischen Politiker und die Notwendigkeit von Eigenanstrengungen der afrikanischen Länder.

Die G8 verpflichteten sich, ihre finanzielle Hilfe bis zum Jahr 2010 um rund 50 Mrd. \$ - bezogen auf das Jahr 2004 (79 Mrd. \$) – anzuheben. Davon sollen 25 Mrd. \$ für Afrika bestimmt sein, was im Vergleich zum Basisjahr 2004 einer Verdopplung der ODA (Official Development Assistance) für Afrika entspräche.

In Sachen Verschuldung ratifizierte der Gipfel den Beschluss der G8-Finanzminister vom 11. Juni 2005.

Zum Thema Handel, zu dessen Erörterung Brasilien, China, Indien und Mexiko eingeladen waren, wurden in der Hauptsache bekannte Positionen wiederholt und ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Entwicklungs-Runde bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz Ende 2005 bzw. im Jahr 2006 beschworen.

Als Tony Blair die Ergebnisse des Gipfels vor den Türen des Schosshotels Gleneagles und der Kulisse der versammelten G8-Führer und ihrer afrikanischen Gäste verkündete, da klopfte er seinen Kollegen und sich auf die Schulter, nicht triumphalistisch, aber doch ganz mit der Attitüde des benevolenten Staatsmannes und erfolgreichen Konferenzstrategen: Wir haben verstanden, nehmen uns der Armen dieser Welt an, erhöhen die Mittel für Entwicklungspolitik und verdoppeln die Hilfe für Afrika!

So wurde die Botschaft auch von den Medien übernommen, was zu einer überwiegend positiven Darstellung und Kommentierung zumindest der

entwicklungspolitischen Relevanz des Gipfels führte – sehr zur Irritation der meisten entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, die zu einer deutlich anderen Einschätzung gelangten. Hingegen stießen die umwelt-/klimapolitischen Ergebnisse sowohl bei Medien als auch bei den Umweltorganisationen auf nahezu einhellige Kritik.

Das Positive an der Botschaft, **mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit** zu mobilisieren und die Hilfe für Afrika bis 2010 zu verdoppeln, ist zunächst die Tatsache als solche. Sie macht deutlich, dass Entwicklung auch mit Geld und Investitionen zu tun hat, und erteilt solchen Positionen eine Absage, die meinen, Finanztransfers in Entwicklungsländer erübrigten sich, es käme allein auf die Eigenanstrengungen und die richtigen Politiken und Rahmenbedingungen an und man solle gerade Afrika am besten sich selbst überlassen. Diese Meinung erfreut sich relativ großer Popularität und bestimmte den Tenor einer Reihe von Veröffentlichungen in jüngster Zeit. Sie speist sich aus dem Zweifel an der Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit sowie aus neoliberalen Orthodoxien, die auf die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen und staatliche Einmischungen – wie gut gemeint auch immer – für des Teufels halten. Auch mag das wachsende Momentum der weltweiten Bewegung für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele – in Deutschland vertreten durch die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ - eine Rolle gespielt haben, gegen das interessierte Journalisten anschreiben wollten.

Dagegen hat Gleneagles ein wichtiges und willkommenes Zeichen gesetzt. Die vom Gipfel verkündeten Zahlen allerdings sind differenziert und mit Vorsicht zu betrachten. Worauf gründen sich Skepsis und Kritik?

Wie sich die Zahl von 50 Mrd. \$ zusammen setzt, bleibt unklar. Entsprechend umständlich drückt sich das Communiqué aus, wenn es sagt, dass „on the basis of donor commitments and other relevant factors, the OECD estimates that ODA from the G8 and other donors to all developing countries will now increase by around 50 billion \$ a year by 2010, compared to 2004“. Es handelt sich zum größeren Teil nicht um neue Zusagen. Vielmehr enthalten die 50 Mrd. \$ Verpflichtungen, die bereits bei der UN-Konferenz Financing for Development im mexikanischen Monterrey im Jahr 2002 eingegangen worden waren. Überdies basiert ein Großteil der „neuen“ Zusagen auf dem Beschluss des Europäischen Rates vom Juni 2005, die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bis 2010 kollektiv auf 0,56% des Bruttonationaleinkommens (BNE) und bis 2015 auf 0,7 % BNE anzuheben, wobei Differenzierungen nach alter und neuer EU-Mitgliedschaft vorgenommen wurden.

Wenn die ODA um zusätzliche 50 Mrd. \$ bis 2010 anstiege, würde die gesamte Hilfe der Geberländer dann ungefähr 130 Mrd. \$ (2004: 79 Mrd. \$) betragen und hätte damit wieder den Stand von 1987 erreicht.

Der Entwicklungsausschuss der OECD schätzt, dass aufgrund der aktuellen Trends und commitments (vor Gleneagles) die ODA bis 2010 eine Höhe von 110 – 115 Mrd. \$ erreichen würde. Das besagt, dass das Paket von Schottland, zu dem neben der EU vor allem auch Japan beitrug, effektiv nur 15 - 20 Mrd. \$ mehr bringt – ein eher bescheidenes Geschenk der reichen Staaten.

Die Zahlen relativieren sich nochmals, wenn man sie mit dem kontrastiert, was die Industrieländer jährlich für Rüstungszwecke (rd. 600 Mrd. \$) und zum Schutz der heimischen Landwirtschaft (über 300 Mrd. \$) ausgeben.

UN, Weltbank, Jeffrey Sachs – Leiter des UN-Millenniumsprojekts, NROs und viele andere hielten mit Blick auf die Umsetzung der Millenniumsziele mindestens eine Verdopplung der Hilfe für erforderlich, und zwar kurzfristig. Auf der Basis von 2004 entspräche das einer Größenordnung von ca. 160 Mrd. \$ - mit weiteren Steigerungen in den Folgejahren. Nun ist von einer schrittweisen und geringeren Erhöhung bis 2010 die Rede. Das erscheint deshalb als gravierend, weil eine sofortige Kapitalaufstockung eine notwendige, wenn auch gewiss nicht hinreichende Bedingung für die Verwirklichung der MDGs ist. Angenommen, die Zusagen von Gleneagles würden eingehalten und das Geld stünde 2010 tatsächlich zur Verfügung, dann geschähe dies zu einem Zeitpunkt, zu dem Zwei Drittel der 15jährigen Frist für die Umsetzung der MDGs bereits vorbei wären

Erschwerend kommt hinzu, dass es sich um Versprechungen handelt, die erst noch eingelöst werden müssen und deren Finanzierung noch offen ist. Kanada hält sich mit festen Zusagen völlig zurück. Deutschland und Italien haben vorsorglich auf ihre besonderen Haushaltsengpässe verwiesen. Wie eng die Spielräume sind, zeigt der von der rot-grünen Bundesregierung Anfang Juli 2005 vorgelegte Haushaltsentwurf für 2006. Er sieht eine Steigerung des BMZ-Etats um 180 Mio € vor. Davon entfallen 150 Mio € auf die Tsunami-Hilfe (zweite Tranche der insgesamt zugesagten 500 Mio €). Für die sonstigen Aufgaben des Ministeriums einschließlich der Umsetzung der MDGs bleibt ein magerer Zuwachs von 30 Mio €. Dies sind die Planungen des amtierenden Kabinetts. Über die Überlegungen einer anders zusammengesetzten Regierung lassen sich derzeit noch keine eindeutigen Aussagen machen, aber es wäre falsch, sich Illusionen hinzugeben.

Und die von Präsident Bush versprochenen zusätzlichen Gelder stehen unter dem Vorbehalt, dass sie vom amerikanischen Kongress bewilligt werden, was aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre keineswegs als gesichert gilt. Auch zeichnet sich ab, dass die Irak-Entschuldung die ODA-Quote in den nächsten Jahren beträchtlich anheben wird. Da es sich um die Abschreibung von nicht mehr bedienten Krediten handelt, geht es um Buchungsvorgänge, die kein frisches Geld in die Entwicklungskassen spülen werden.

Vor diesem Hintergrund hat Bundeskanzler Schröder bei seiner Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels erneut nachdrücklich auf die Bedeutung sogenannter innovativer Finanzierungsmöglichkeiten hingewiesen. Gemeint sind globale Steuern auf Devisengeschäfte, Flugbenzin bzw. Flugtickets und auch die Internationale Finanzfazilität – ein Vorschlag der Briten, durch staatlich garantierte Anleihen am Kapitalmarkt schnell zusätzliches Geld für Entwicklungsinvestitionen zu beschaffen (frontloading). Doch darüber konnten die Staats- und Regierungschefs der G8 keine Einigkeit erzielen, da jeder etwas anderes präferierte. Zwar wollen einzelne Länder oder Ländergruppen die verschiedenen Ideen weiter prüfen und fortentwickeln. Es ist aber nicht mit baldigen großen Lösungen zu rechnen.

Da Entwicklungszusammenarbeit nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Qualität der Hilfe ist, unterstrich das G8-Communiqué die Notwendigkeit der vollen Umsetzung der Paris Declaration on Aid Effectiveness vom Februar 2005. Genauere

Umsetzungsbestimmungen blieb der Gipfel jedoch schuldig. Damit wird sich an der herrschenden Praxis einer mangelnden Fokussierung auf die Armutsbekämpfung, einer unzureichenden Geberkoordination, der teuren und oft ineffektiven technischen Hilfe und der Lieferbindung wenig ändern. Auch wird es dabei bleiben, dass Entschuldungsmaßnahmen aus den ODA-Budgets bezahlt werden, ohne dass dafür zusätzliche Mittel eingestellt würden.

Zum Thema **Verschuldung** haben die G8- Führer die Beschlüsse der G8-Finanzminister vom Juni 2005 bestätigt. Hoffnungen, sie würden diese erweitern, gingen ins Leere.

Die Initiative besagt, dass einigen hochverschuldeten armen Ländern 100 % ihre Schulden bei Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Afrikanischer Entwicklungsbank (AfDB) erlassen werden sollen. Dies stellt einen wichtigen Schritt insofern dar, als dass erstmals konzidiert wurde, dass vollständige Erlasse multilateraler Schulden sinnvoll, notwendig und machbar sind – etwas, das jahrelang aufs Heftigste bestritten worden war. Damit gewinnen die begünstigten Staaten neue finanzielle Spielräume, die sie für die soziale Grundversorgung ihrer Bevölkerung und armutsorientierte Investitionen einsetzen können sollen.

Es handelt sich um einen Erlass in der Größenordnung von ca 45. Mrd. €. Davon entfallen 34 Mrd. € auf die Weltbank, 6 Mrd. € auf den IWF und 5 Mrd. € auf die AfDB. Die erlassenen Mittel für Zins und Tilgung werden von den Geberländern gegenüber den Finanzinstitutionen bilateral kompensiert. Da sich die Entlastung beim Schuldendienst auf einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren erstreckt, ist der sofort spürbare Effekt für die betreffenden Länder allerdings deutlich geringer. Er wird sich während der nächsten zehn Jahre auf durchschnittlich etwa 1 – 1,5 Mrd. \$ jährlich für alle Länder zusammen belaufen.

In den Genuss der Initiative gelangen zunächst die 18 HIPC-Staaten, die den sogenannten completion point erreicht haben. Neun weitere Länder, die am sogenannten decision point angekommen sind, könnten in den nächsten Jahren hinzu kommen. Darüber hinaus kommen noch elf weitere Länder in Betracht, sofern sie sich für die HIPC-Bedingungen qualifizieren. Der Rahmen der HIPC-Initiative von 1999 wird damit grundsätzlich gewahrt. Dagegen wird NROseitig argumentiert, dass über 60 Schuldnerländer mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen berücksichtigt werden müssten, wenn es gelingen sollte, bis 2015 die extreme Armut zu halbieren..

Von einem 100 %igen Erlass zu sprechen, ist nur bedingt richtig, weil Schulden gegenüber drei multilateralen Finanzinstitutionen erfasst werden. Dies macht zwar den größten Schuldenanteil aus, insgesamt gibt es aber 19 multilaterale Gläubiger. Für einzelne Länder liegt deshalb das erlassene Schuldenvolumen weit unter 100%.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich darauf, dass zwar einerseits die Schulden bei Weltbank und AfDB erlassen, diese aber andererseits im Maße des Erlasses mit den von der für die konzessionären Kredite der Weltbank zuständigen Tochter IDA ausgegebenen Neukrediten verrechnet werden, d.h. den entschuldeten Ländern wird zugleich ein beträchtlicher Teil ihrer Mittel aus der Entwicklungsfinanzierung gekürzt. Ob damit eine Art ausgleichende Gerechtigkeit mit Schuldner erreicht wird, die ihre Verbindlichkeiten brav bedienen, oder es für die entschuldeten Länder fast auf ein

Nullsummenspiel zwischen Entschuldung und Entwicklungshilfe hinaus läuft, muss die Zukunft erweisen.

Wer weiterführende Schritte der G8 zum **Handel** erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Das große Ringen um mehr Gerechtigkeit im System des Welthandels geht erst im Dezember 2005 bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz in die nächste Runde. Und ob es zu einem Ergebnis kommt, das der Ungleichheit der Partner am globalen Marktgeschehen Rechnung trägt, wird sich erst noch zeigen müssen. Zwar schien es während des Gipfels bis zum Schluss so, als könnten sich die Politiker zumindest auf das Jahr 2010 als Enddatum für eine Beendigung der strittigen Exportsubventionen im Agrarbereich verständigen. Im Communiqué hieß es dann jedoch lediglich: „We reaffirmed our commitment to open markets more widely to trade in agricultural goods, industrial goods and services, and in agriculture to reduce trade-distorting domestic subsidies and eliminate all forms of export subsidies by a credible end date“.

Manche Beobachter sahen in der Feststellung, dass den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) die Flexibilität zugestanden wurde, über ihre eigenen wirtschaftlichen Strategien zu entscheiden, einen Fortschritt, weil sie darin eine tendenzielle Abkehr vom Marktliberalisierungs-Mantra der WTO und anderer zu erkennen meinten, fanden freilich die Beschränkung der Aussage auf die LDCs inakzeptabel.

Auch die Vereinbarungen des Gipfels zum internationalen **Klimaschutz** erweisen sich bei genauerer Betrachtung als insgesamt unzureichend und besonders problematisch für die Entwicklungsländer. So nennt der in Gleneagles beschlossene „Aktionsplan“ zwar die Notwendigkeit größerer Energieeffizienz und der Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase. Doch sucht man vergeblich nach konkreten Maßnahmen und exakten Zielvorgaben zur Schadstoffminderung. Sie solle zunächst verlangsamt und später zurück gefahren werden, heißt es unverbindlich.

Damit relativieren die G8-Führer zusätzlich die Bedeutung der in Gleneagles gemachten Hilfszusagen an die Entwicklungsländer. Der Klimawandel, von dem feststeht, dass er stattfindet und maßgeblich menschengemacht ist, wird gerade in Afrika besonders verheerende Auswirkungen haben. Kaum eine Region der Welt wird so heftig von Wasserknappheit, Missernten, zunehmenden Infektionskrankheiten und Ausbreitung der Wüste betroffen sein und sich so wenig dagegen schützen können. Und dies, obwohl die Afrikaner selbst die geringste Verantwortung für die globale Erwärmung der Erdatmosphäre tragen. Die 700 Millionen Menschen in den Ländern südlich der Sahara verursachen nur drei Prozent des weltweiten CO²-Ausstoßes, während 40 Prozent auf das Konto der 700 Millionen Einwohner der sieben G8-Nationen (ohne Russland) gehen.

Was die Industriestaaten an guter Regierungsführung immer wieder von den Ländern des Südens einfordern, müssten sie gerade beim Klimaschutz selbst vorleben. Dazu gehört nicht zuletzt eine konsequente Änderung der ressourcenintensiven Produktions- und Konsummuster bei gleichzeitiger finanzieller Unterstützung und technischer Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Einführung klimaschonender Technologien. Bei ihrem Treffen in Schottland haben sich die Staats- und Regierungschefs in dieser Hinsicht nicht glaubwürdig verhalten und

dadurch auch ihr Versprechen entwertet, den Ländern im Süden, allen voran Afrika, wirklich helfen zu wollen.

Fazit: Der Gipfel hat sich bewegt, auch in die richtige Richtung, aber mehr im Rahmen des business as usual als mit der Vision, die schlimmsten Formen der Armut in der Welt zu beenden. Den großen Erwartungen, die sich mit der weltweiten Kampagne zur Umsetzung der MDGs verbanden, hat er nicht entsprochen. Dass die Millenniumsziele 2015 erreicht werden, bleibt auch nach Gleneagles mehr Hoffnung denn Gewissheit.

Ist die Kampagne deshalb gescheitert? Hat sie ihre Ziele zu hoch angesetzt? Hat der weltweite Druck auf die G8-Führer nichts bewirkt? Dies zu bejahen, würde dem tatsächlich Erreichten nicht gerecht werden. Ohne das unerhörte Engagement der vielen Menschen rund um den Globus hätte es keine so intensive Auseinandersetzung mit den MDGs, den Problemen Afrikas, keinen Beschluss zur Erhöhung der ODA und keinen neuen Schuldenerlass gegeben. Wann wurden entwicklungspolitische Themen in dieser Breite in die Öffentlichkeit gebracht und diskutiert? Das bedeutet etwas und lohnt die Mühe!

Enttäuschung rief hervor, dass der G8-Gipfel nicht die Kraft zu Beschlüssen fand, die wirklich Geschichte gemacht hätten.

Ärgerlich ist die Tatsache, dass die mediale Vermarktung des Gipfels etwas von Schaumschlägerei an sich hatte. Die nähere Prüfung der Ergebnisse ergab, dass des Kaisers neue Kleider ziemlich Blößen offenbarten. Blair und seine Kollegen wollten und brauchten einen Erfolg, auch und gerade im Angesicht des Terrors, und deshalb wurde Gleneagles als Erfolg dargestellt.

Diese Lesart der aufwändigen Politinszenierung machten sich freilich auch Bob Geldof, der Organisator der Live8-Konzerte, und der Rocksänger Bono von der irischen Band U2 zu eigen, die zumindest von Politik und Medien als die eigentlichen Leitfiguren der Make Poverty History-Bewegung wahrgenommen wurden. Offensichtlich haben sich beide Künstler von der Politik blenden und instrumentalisieren lassen. Der gewaltige Aufwand, den die effektvollen, in ihrer politischen Wirkung jedoch zweifelhaften und wahrscheinlich stark überschätzten Konzertevents bedeuteten, verlangte ebenfalls nach einer Erfolgsmeldung. Hier trafen sich die Interessen. Von den Nichtregierungsorganisationen konnte dies nicht mitvollzogen werden, was zum offenen Konflikt zwischen Künstlern und NROs führte.

Eines ist sicher: Politische Prozesse gestalten sich langwierig. Die Interessen der Armen in der Welt haben in den Zentralen der Macht nur eine schwache Lobby. Deshalb wird es weiterer großer Anstrengungen bedürfen, damit Armutsbekämpfung und die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele auf der Tagesordnung bleiben. In diesem entscheidenden Jahr 2005 gibt es verschiedene weitere Anlässe dazu, nämlich die Herbsttagung von IWF und Weltbank, die große UN-Konferenz „Millennium+5“ im September in New York und die WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong im Dezember. Diese gilt es zu nutzen!

(August 2005)